

SOLIDARITÄT



IM FOKUS

**Diskriminierung führt
zu Ungleichheit**



SUISSE

SOLIDAR

KÄMPFEN FÜR GLOBALE FAIRNESS



Felix Gnehm
Geschäftsführer Solidar Suisse

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER**

In dieser Solidarität beleuchten wir, wie Diskriminierung zu Ungleichheit führt. Sie finden viele Beispiele, wie sich Solidar Suisse gegen Diskriminierung einsetzt und die Betroffenen im Kampf für ihre Rechte unterstützt. So leben wir unser Motto «Kämpfen für globale Fairness».

Doch wie sieht es bei Solidar intern aus? Sorgen wir auch hier dafür, dass niemand ausgeschlossen wird und alle die gleichen Chancen haben?

Solidar Suisse fördert Inklusion auf verschiedenen Ebenen und mit zahlreichen Instrumenten. Wir bemühen uns um Diversität in unseren Teams, die sich weltweit aus Menschen mit unterschiedlichen Hautfarben, Geschlechtern, religiösen Überzeugungen, sexuellen Orientierungen und sozialen Status zusammensetzen. Unser Gesamtarbeitsvertrag, die Reglemente, das Lohnsystem und das Anstellungsprozedere stellen grösstmögliche Transparenz und Fairness sicher. Alle Mitarbeiter*innen sollen für ihre Talente anerkannt werden, sich einbringen können und sich gehört fühlen. Das ist die Basis für Respekt und Wertschätzung. Um dies zu erreichen, entwickeln wir unsere Führungs- und Betriebskultur laufend weiter. Eine unabhängige Meldestelle, die «Integrity Line», ermöglicht es schliesslich, auch anonym Beschwerden anzubringen. Zudem haben alle Mitarbeitenden Anrecht auf eine unabhängige und professionelle Beratung in Bereichen wie Diskriminierung, Mobbing, sexuelle Belästigung oder Rassismus am Arbeitsplatz.

All dies soll die Erfüllung unseres Anspruchs garantieren: dass niemand diskriminiert wird.

Felix Gnehm

INHALT

04



Im Fokus – Diskriminierung führt zu Ungleichheit

- 04 Wie trägt Diskriminierung zu Ungleichheit und Gewalt bei – und welche Auswirkungen hat sie auf Bildungschancen und Arbeitsbedingungen?
- 08 Pakistan: Diskriminierte Minderheiten leben häufig in den Slums der Grossstädte, ohne Grundversorgung und Schulen.
- 09 In Moçambique können viele Jugendliche keinen Beruf erlernen, weil sie arm sind; sie bleiben im Teufelskreis der Armut gefangen.
- 10 Indigene Frauen in Guatemala sind Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt. Doch sie wehren sich trotz der widrigen Umstände.
- 11 Bolivien: Gewalt behindert die Selbstbestimmung und Teilhabe von Frauen.
- 12 Sabin Bieri von der Uni Bern zeigt auf, wie Diskriminierung zur Ungleichheit beiträgt.



13 Hingeschaut

Ukraine: Ein Jahr nach Beginn des Kriegs unterstützt Solidar weiter die Binnenvertriebenen.



16 Anpacken

Pok Panhavichetr setzt sich in Kambodscha für die Rechte von Frauen und Migrant*innen ein.

14 Festgehalten

15 Solidar empfiehlt

17 Kolumne

18 Sudoku & Medienschau

19 Mitkämpfen & Impressum

20 Danke

IM FOKUS - DISKRIMINIERUNG FÜHRT ZU UNGLEICHHEIT





Frauen in El Salvador demonstrieren für ihre Rechte am 8. März, dem internationalen Frauenkampftag.

Laut dem World Inequality Report hat das reichste Prozent der Menschen zwischen 1995 und 2021 ganze 38 Prozent des Wohlstandswachstums eingestrichen, während für die ärmste Hälfte nur magere zwei Prozent abfielen. Wie hängt die wachsende Ungleichheit mit Diskriminierung zusammen? Wie wirkt sich Ausgrenzung auf Bildungschancen, Arbeitsbedingungen und Perspektiven aus? Und was können wir dagegen tun?

DISKRIMINIERUNG ZEMENTIERT UNGLEICHHEIT

*Text: Klaus Thieme, Leiter Internationale Programme,
Fotos: Solidar Suisse, Grafiken: Spinax Civil Voices*

«Jeder ist seines Glückes Schmied.» Dieses neoliberale Mantra wird uns immer wieder entgegengehalten, wenn wir die schockierende Ungleichheit auf unserem Planeten benennen. Es müssten sich halt alle nur richtig anstrengen, weniger jammern, dann kämen sie weiter. Als wäre es nur eine Frage der richtigen Einstellung, die den Armen und Benachteiligten auf der Welt fehlt, um sich aus dem Elend herauszuarbeiten. Und wer es nicht schaffe, sei selbst schuld.

Mal ganz abgesehen davon, dass dieser Spruch die Hälfte der Menschheit einfach ignoriert, ist er Ausdruck der klassischen Täter-Opfer-Umkehr, neu-deutsch «Victim-Blaming»: Anstatt die strukturellen Ursachen für Ungleichheit zu benennen, wird den Opfern die Schuld gegeben und die gesellschaftliche Verantwortung verneint. Einer der Hintergründe für unsere gespaltene Welt ist jedoch, dass Diskri-

minierung zu Ungleichheit führt: Menschen werden schlechter gestellt, weil sie zu einer bestimmten Gruppe gehören oder ein spezielles Persönlichkeitsmerkmal haben. Oft überschneiden sich mehrere Eigenschaften wie Geschlecht, Hautfarbe, sexuelle Orientierung, die Zugehörigkeit zu einer Minderheit, ethnischen Gruppe, Klasse, Religion oder Sprache, der Status als Einheimische oder Migrant*innen, eine ländliche Herkunft, Behinderung, Alter – und so weiter.

Verbauter Zugang zur Arbeitswelt

Dies hat weitreichende soziale und wirtschaftliche Folgen. Kostenpflichtige Bildungseinrichtungen sperren Jungen und Mädchen aus ärmeren Familien aus, die so später niemals auf dem Arbeitsmarkt Fuss fassen werden. Wegen der systematischen Behinderung des Zugangs zu Ausbildungen für Mädchen und Frauen werden Talente, welche für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes gebraucht würden, sinnlos verschwendet. Migrantische Kinder, die keine öffentliche Schule besuchen können, werden nur schwerlich integriert und akzeptiert. Kinder mit Behinderungen sind oft schon von der

Primarschule und in der Folge vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Wenn Benachteiligte kaum die Schule besuchen oder eine Berufsausbildung machen können, wenn Ausgeschlossene nicht gezielt gefördert werden, zementiert dies die ökonomische Ungleichheit strukturell. Weltweit leiden hunderte von Millionen Menschen unter Diskriminierung in der Arbeitswelt, wie die Internationale Arbeitsorganisation ILO berichtet.

Frauen sind stärker betroffen

Die wirtschaftliche Ungleichheit trifft Frauen härter als Männer. Armut und Abhängigkeit von patriarchalen Familienstrukturen schränken Frauen in ihrer Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit ein und machen es schwierig, sich gegen Gewalt zu wehren. Eine Mehrfachdiskriminierung erhöht diese Gefahr drastisch. Zwei Beispiele: Frauen mit Behinderungen sind häufiger physischer oder sexueller Gewalt ausgesetzt, manche werden auch zwangssterilisiert. Migrantinnen und Geflüchtete können sich kaum gegen Täter*innen wehren, wenn diese mit Abschiebung drohen oder den Zugang zu Pässen verweigern, weil ihr Aufenthaltsstatus unsicher ist, aber auch weil sie die Sprache nicht sprechen und keine Unterstützungsangebote kennen. In Krisensituationen oder bewaffneten Konflikten schliesslich werden Frauen häufig systematisch vergewaltigt, versklavt und ausgebeutet.

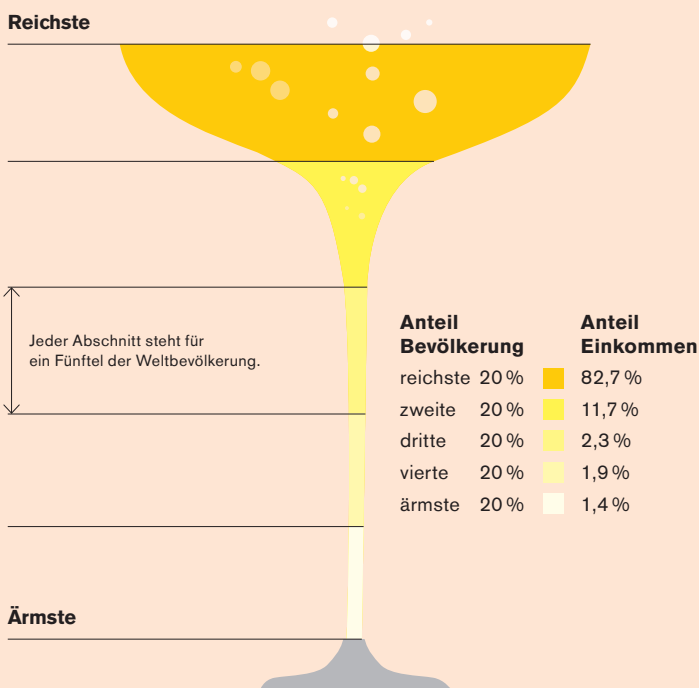
Ausschluss aus politischer Willensbildung

Gewalt und wirtschaftliche Benachteiligung führen in der Regel dazu, dass die Betroffenen aus Prozessen der politischen Willensbildung ausgeschlossen sind: Nur Menschen, die genug finanzielle, soziale, psychische und intellektuelle Ressourcen haben, können es sich leisten, sich politisch zu beteiligen. Wer nie zur Schule gegangen ist, wer sich um eine Grossfamilie kümmern und ums tägliche Brot kämpfen muss, wer Gewalt ausgesetzt ist oder das Trauma einer Gewalterfahrung überwinden muss, schafft das oft nicht oder gibt den Kampf schneller auf. Populistische Bewegungen nutzen dies aus und verkaufen ihre Eliten begünstigende Politik mit ein paar sozialpolitischen Versprechungen – eine Tendenz, die sich in Brasilien, El Salvador, Südafrika oder Kambodscha zeigt.

Politische Teilhabe beschränkt sich meist auf registrierte Staatsbürger*innen, sodass Migrant*innen und nichtregistrierte Minderheiten per se ausgeschlossen bleiben. Die Einbürgerung bleibt ihnen häufig ebenso verwehrt – oder der Prozess dazu dauert Jahre bis Jahrzehnte. Dies ist gewollt: So stehen macht- und rechtlose Arbeiter*innen für die

Champagner für das reichste Fünftel

So ungleich sind die Einkommen der Welt verteilt. Die Reichsten leben von ihrem Kapital, die Ärmsten tragen die Last der Arbeit.





Das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung besitzt 38 Prozent des weltweiten Vermögens.

Ein pakistanischer Junge sammelt Abfall, um seine Eltern zu unterstützen.

Plantagenwirtschaft oder andere prekäre Jobs, etwa als Hausangestellte, zur Verfügung.

Inklusion statt Diskriminierung

Solidar Suisse kämpft gegen extreme Ungleichheit und für faire Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und demokratische Mitbestimmung. Unsere Vision ist eine gerechte Welt, frei von Diskriminierung, Ausbeutung und Gewalt. Ressourcen, Güter, Dienstleistungen und wirtschaftliche Chancen müssen gerecht verteilt sein, damit Menschenrechte weltweit gewährleistet werden können. Deshalb unterstützen wir verletzte Gruppen und Menschen in prekären Verhältnissen. Sie sind weder Opfer noch Empfänger*innen von Almosen, sondern eigenverantwortliche, handelnde Menschen, die für ihre Rechte kämpfen.

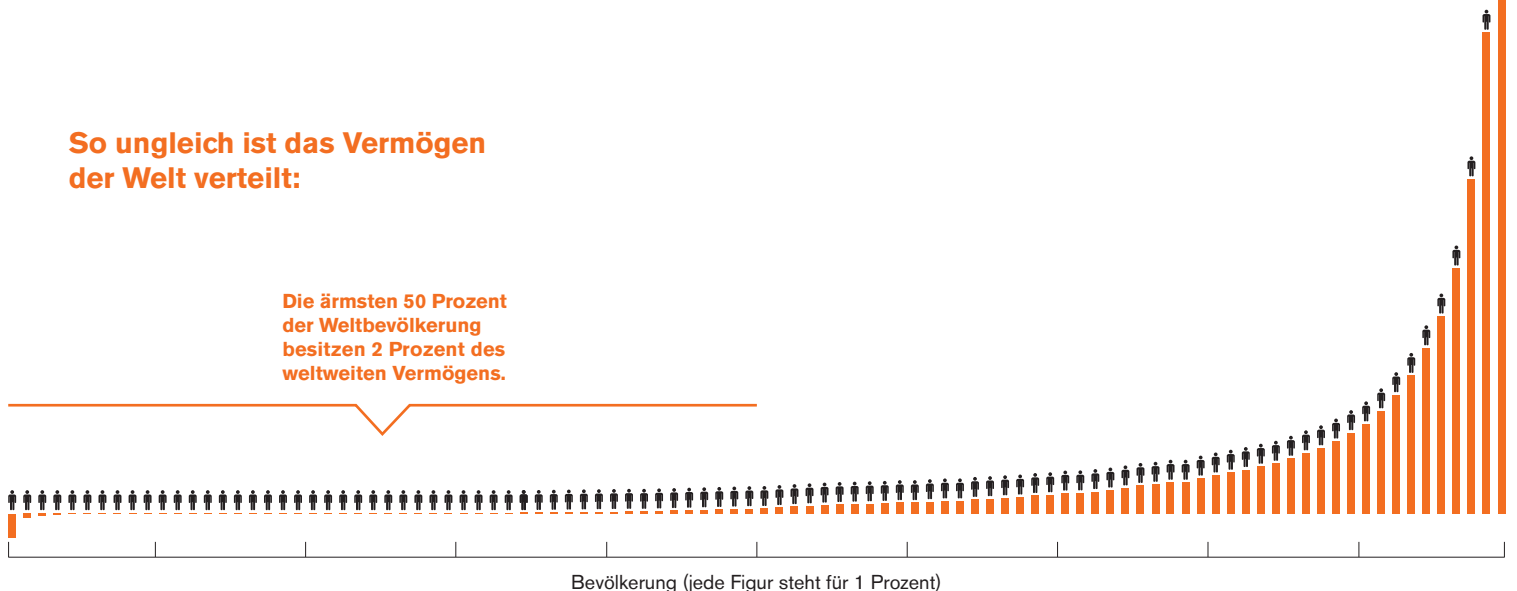
So bieten wir in Pakistan Mädchen und Jungen ethnischer Minderheiten Zugang zu Schulbildung (siehe Seite 8) und fördern Jugendliche aus armen

Familien in Moçambique, damit sie eine Berufsausbildung machen können (siehe Seite 9). Wir unterstützen Wanderarbeiter*innen in Malaysia im Kampf um ihre Rechte. Wir stärken Netzwerke in Bolivien und Guatemala, die sich auf vielfältige Weise für Autonomie und gegen geschlechtsspezifische Gewalt sowie die Mehrfachdiskriminierung von indigenen Frauen einsetzen (siehe Seiten 10 und 11). Mit kritischem Blick auf uns selbst versuchen wir, unsere blinden Flecke zu erkennen und schulen unsere Mitarbeitenden in Themen der Inklusion. Dieses Jahr beispielsweise zur Teilhabe von Menschen mit körperlicher Behinderung.

Wir sind noch lange nicht am Ziel, aber wir sind auf dem Weg, gemeinsam mit unseren Partner*innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, NGOs, Basisorganisationen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Uns eint dabei ein Ziel: Alle Menschen sollen die gleichen Rechte und Chancen haben!

So ungleich ist das Vermögen der Welt verteilt:

Die ärmsten 50 Prozent der Weltbevölkerung besitzen 2 Prozent des weltweiten Vermögens.





*Kinder feuern an einem Sportanlass der Community-Schule ihre Kamerad*innen an.*

IN DIE SLUMS VERBANNT

In Pakistan leben viele Geflüchtete und Minderheiten in Slums. Ihre Kinder haben häufig keinen Zugang zu Schulbildung.

Text: Zishan Ahmad Siddiqi, Landeskoordinator Pakistan, Foto: Fasiha Maqsood

Wer in Islamabad in der Nähe des berühmten Sunday Bazar von der 7th Avenue abbiegt, findet sich in üppigem Grün wieder. Prachtige Blumengärten beglücken das Auge, und auf beiden Seiten stehen pompöse Regierungsgebäude. Nur ein paar hundert Meter weiter jedoch ändert sich das Bild: Hier beginnt der Slum Rimsha.

Heimat der Ausgegrenzten

Slums gibt es viele in Islamabad. Über fast alle Stadtteile verstreut, sind sie ein Zeichen der raschen Urbanisierung, begleitet von Ungleichheit und Marginalisierung. Prognosen zufolge wird bis 2030 mehr als die Hälfte der pakistanischen Bevölkerung in Grossstädten leben. Bereits heute wohnen nach Angaben der Weltbank in pakistanischen Städten mehr als 40 Prozent der Menschen in Slums: afghanische Geflüchtete, Binnenvertriebene, religiöse und ethnische Minderheiten. Sie sind häufig in die Stadt gezogen, um Arbeit und eine bessere Lebensgrundlage zu finden. Ihre Hoffnungen werden aber meist enttäuscht. Sie werden als kriminell und unzivilisiert stigmatisiert, grundlegende Einrichtungen und sanitäre Anlagen gibt es kaum, der Zugang zu Gesundheit und Bildung ist erschwert. «Die Kinder erhalten keine qualitativ gute Bildung – sofern sie überhaupt zur Schule gehen können –, und die Überzeugung, sowieso keine gute Arbeit zu finden, ist in ihren

Köpfen verankert», weiss Maria Saif, Lehrerin an der Community-Schule in Rimsha.

Neue Perspektiven

Solidar Suisse ermöglicht seit 2014 marginalisierten Kindern mit Community-Schulen den Zugang zu Bildung. Als wir 2021 die Arbeit in Rimsha aufnahmen, war der Slum schwer von der Covid-19-Pandemie getroffen. Arbeitsplätze und Unternehmen waren verschwunden, und weil die Eltern keine Arbeit hatten, mussten die Kinder zum Einkommen beitragen. Bildung war – vor allem für Mädchen – kein Thema mehr. Solidar unterstützte die einzige Schule in der Umgebung, stellte den Lehrer*innen Unterrichtsmaterial zur Verfügung und bezahlte ihre Löhne. Jetzt haben die Eltern begonnen, ihre Kinder zur Schule zu schicken. «Ich habe mit vielen Frauen gesprochen und erreicht, dass sich zwei Mädchen angemeldet haben, die vorher nicht zur Schule gingen», sagt Naseem Akhter vom Schulkomitee. Das Solidar-Team sprach mit Eltern, Kindern und der Gemeinschaft über die Bedeutung der Bildung und führte mit Sportveranstaltungen nach der Pandemie wieder Freizeitaktivitäten ein. «Mein Leben hat sich durch den Besuch der Community-Schule völlig verändert», erzählt die Schülerin Nadia Ashraf. Früher habe sie sich nicht getraut, mit anderen Kindern zu sprechen, «jetzt genieße ich es zu lernen».

DEN TEUFELSKREIS DURCHBRECHEN

In Moçambique können viele Jugendliche keine Ausbildung machen, weil sie arm sind. Mit Stipendien und Kurzausbildungen trägt Solidar zur Verbesserung ihrer Perspektiven bei.

Text: Francisco Palma Saidane, Kommunikationsverantwortlicher und Beat von Däniken, Landeskoordinator in Moçambique, Foto: Davide Lourenço

«Ich bin aus Bilene 700 Kilometer nach Chimoio gereist, um hier eine Ausbildung zu machen. Während dieser Zeit wohnte ich auch in der Schule», erzählt die 22-jährige Elsa Massingue. Sie ist eine von vielen Jugendlichen in Moçambique, die kaum die Möglichkeit haben, einen Beruf zu erlernen, weil sie aus armen Familien stammen. Viele arbeiten bereits als Kinder, die Sekundarschule besucht lediglich ein Drittel. Mit einschneidenden Auswirkungen auf ihre Perspektiven: Die meisten überleben, wie ihre Eltern, mehr schlecht als recht als Bäuer*innen, denn auf dem Land gibt es kaum andere Arbeitsmöglichkeiten. So setzt sich der Teufelskreis fort: Benachteiligungen wegen Armut führen zu Ausschluss und in der Folge zu noch mehr Ungleichheit. Und Mädchen haben schlechtere Chancen als Jungen – sei es, weil sie früh heiraten oder die Hausarbeit für ihre Familie erledigen müssen. So ging 2015 fast die Hälfte aller Mädchen im schulpflichtigen Alter nicht zur Schule.

Berufsbildung als Schlüssel

Um den Teufelskreis zu durchbrechen, finanziert Solidar Suisse benachteiligten Jugendlichen aus abgelegenen Regionen Stipendien und Unterkünfte an Instituten für Berufsbildung. Zum Beispiel als Schreinerin, Landwirt, Buchhalterin, Elektriker, Schneiderin oder Spezialist im Gastgewerbe. Und da ein Berufsabschluss noch keine Arbeit garantiert, unterstützen wir die Diplomierten dabei, ein Start-up zu gründen. In Teams von mindestens drei entwickeln sie einen Businessplan, der von einer Jury begutachtet wird. Die «Luncheonette» von Elsa Massingue, Tamara Munchanga und Will Rajabo war unter den neun ausgewählten Projekten. Inzwischen läuft das kleine Restaurant. Die Strategie, sich mit wechselndem Menu und freundlichem Umgang von anderen Imbissen abzuheben, ist aufgegangen: «Wir haben täglich etwa 15 bis 20 Kund*innen, manche von ihnen kommen jeden Tag», erzählt Elsa Massingue stolz.

Kurzausbildungen am Wohnort

Doch es gibt auch Jugendliche, die es sich wegen der langen und teuren Anfahrtswege nicht leisten können, eine Ausbildung zu machen. Für sie hat Solidar in Zusammenarbeit mit Helvetas eine sechsmonatige Kurzausbildung entwickelt: Anerkannter



Pezai Saize mit einer Auftragsarbeit der Metallwerkstatt, die er mit zwei Kollegen führt.

te Handwerker*innen werden als Ausbilder*innen trainiert und verpflichten sich im Gegenzug, fünf junge Handwerker*innen auszubilden. Die Ausgebildeten erhalten ein behördlich anerkanntes Zertifikat sowie die nötige Ausrüstung, um selbst einen kleinen Betrieb aufzubauen.

So wurden letztes Jahr 200 Jugendliche in verschiedenen praktischen Berufen ausgebildet und zwölf Start-ups gegründet. Sie tragen die Idee weiter. So etwa Pezai Saize, der mit zwei Kollegen eine Metallwerkstatt eröffnet hat: «Mein Traum ist, anderen jungen Menschen eine Arbeit zu geben.»



Ihre Spende wirkt

Mit Ihrem Beitrag von 50 Franken kann sich ein*e Student*in aus armen Verhältnissen für ein Jahr an einem Berufsbildungsinstitut einschreiben. Mit 60 Franken kann sie*er den jährlichen Nahrungsmittelkostenbeitrag decken. 140 Franken ermöglichen einer*m Jugendlichen, in sechs Monaten einen Beruf bei einer*m lokalen Handwerksmeister*in zu erlernen.

DOPPELTE DISKRIMINIERUNG

In Guatemala führt die strukturelle Gewalt gegen indigene Frauen zu extremer Ungleichheit. Doch sie organisieren sich trotz staatlicher Repression.

Text: Monika Hess, Programmverantwortliche Zentralamerika, Foto: Solidar Suisse

In Guatemala werden Indigene in allen Bereichen diskriminiert: Sie besuchen im Schnitt nur vier Jahre die Schule, bei Nicht-Indigenen sind es knapp sieben. 40 Prozent leben in extremer Armut, bei der nicht-indigenen Bevölkerung sind es 13 Prozent. Zwei Drittel der indigenen Kinder unter fünf sind chronisch unternährt, beim Rest der Bevölkerung ist es die Hälfte. Chronische Unterernährung hat irreversible Auswirkungen auf die Entwicklung und Gesundheit der Kinder – mit Folgen für das ganze Leben.

Im Kolonialismus verwurzelt

Diese Diskriminierung hat ihre Wurzeln im Kolonialismus und ist tief in der guatemalteckischen Gesellschaft verankert. Dies zeigt sich auch in Landkonflikten: Im Zuge der Kolonialisierung wurden die Indigenen in die unproduktivsten Ländereien verdrängt. Eine Enteignung, die bis heute weitergeht: So wurde entgegen international verbrieftem Recht nie gefragt, ob die indigene Bevölkerung mit der Nickelmine des Schweizer Unternehmens Solway auf ihrem Land in El Estor einverstanden ist.

Indigene Frauen und Mädchen leiden zusätzlich unter der Diskriminierung der patriarchalen Gesellschaft. Frauen besitzen weniger Land, arbeiten häufiger unter informellen oder ausbeuterischen Bedingungen und sind oft wirtschaftlich von ihren Partnern abhängig. Ausserdem haben sie weniger

Zugang zu Bildung: Nur jede Zweite kann lesen und schreiben. «In unseren Gemeinschaften bringen sie uns nur bei, Mutter zu werden. Sie sagen, du wirst heiraten und lernen, Mutter zu sein. Es ist traurig, 13-jährige Mädchen mit Kindern zu sehen», sagt die 18-jährige Margarita Ixcoy, die an einem Workshop zur Sensibilisierung für Gewalt und Diskriminierung teilgenommen hat. Trotz staatlicher Repression setzen sich zahlreiche feministische Organisationen und Netzwerke gegen die Unterdrückung von indigenen Frauen, für ein Leben ohne Gewalt und für sexuelle Rechte ein.

Aus der Gewaltspirale ausbrechen

Gewalt betrifft auch nicht-indigene Frauen. Aber indigene Frauen haben in der Regel weniger Möglichkeiten, sich aus solchen Situationen zu befreien. Wegen der grösseren Armut sind sie tendenziell noch stärker wirtschaftlich abhängig von den Tätern. Für sie ist es schwieriger, sich von diesen zu trennen und sie zu verklagen. Auch haben viele einen schlechteren Zugang zur Justiz, da sie häufig in abgelegenen Regionen wohnen, das Justizsystem ihre Muttersprache nicht vorsieht und weit von ihrer Realität entfernt ist. Nicht selten sind sie mit Viktimisierung, Stigmatisierung und Schuldzuweisungen konfrontiert.

Solidar Suisse arbeitet mit Frauenorganisationen zusammen, die Betroffene unterstützen, sich aus der Gewaltspirale zu befreien. Sie organisieren Selbsthilfegruppen und setzen sich gemeinsam gegen die Gewalt ein. Beispielsweise in Workshops mit Männern, Frauen und Jugendlichen wie Margarita, in denen Denkmuster, die zu Diskriminierung und Gewalt führen, hinterfragt werden. Mit Erfolg: «Viele junge Frauen leiden unter Gewalt, und hier können wir unsere Angst überwinden», sagt die 17-jährige Maria Avila.



Extreme Armut, Hunger, kaum Zugang zu Bildung: In Guatemala sind indigene Frauen massiv benachteiligt.

DIE SPITZE DES EISBERGS

Gewalt gegen Frauen verhindert ihre Selbstbestimmung und Partizipation und verstärkt die Ungleichheit. In Bolivien setzt sich Solidar für ein würdiges Leben ohne Gewalt ein.

Text: *Bernarda Sanabria, Projektkoordinatorin Vida digna sin violencia, Foto: Vassil Anatasov*



Im ganzen Land unterstützen SLIM-Beratungsstellen von Gewalt Betroffene.

Gewalt gegen Frauen macht Gleichberechtigung, Entwicklung und ein Leben in Würde zunichte. Sie domestiziert die Frauen für die patriarchale Gesellschaft und ist die sichtbare Spitze des Eisbergs. Nicht sichtbar ist, dass von Gewalt betroffene Frauen nicht frei über ihren Körper, ihre Sexualität und Reproduktion verfügen können. Sie haben oft keinen Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und können bei persönlichen, familiären und gesellschaftlichen Entscheidungen nicht mitbestimmen. So ist es kein Zufall, dass in Bolivien, das die vierthöchste Feminizidrate in Lateinamerika aufweist, auch die Geschlechterungleichheit gross und jede sechste Schwangere im Teenageralter ist. Dazu kommt, dass gut zwei Drittel der Erwerbstätigen informell angestellt sind – weltweit eine der höchsten Raten. Mit der Pandemie sind es noch mehr geworden. Und die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen und Frauen hat sich zwischen 2019 und 2020 fast vervierfacht.

Gewalt als patriarchales Lehrstück

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Situation hatte wiederum direkte Auswirkungen auf die Handlungsfreiheit von Frauen. So erzählt Petrona Cuarete, die als «Mama T'alla» eine traditionelle Führungsrolle für ihre indigene Gemeinschaft innehatte: «Obwohl ich sechs Kinder habe, war ich Mama T'alla, denn mein Mann hat mich unterstützt. Während der Pandemie musste ich oft zu Hause bleiben. Und plötzlich wurde in der Gemeinschaft gemunkelt, es sei an der

Zeit, dass ich mich um meine Familie kümmere. Sie bedrängten auch meinen Mann. Sie haben einfach vergessen, was ich für die Gemeinschaft getan habe.»

Autonomie als Basis

Auch zehn Jahre nachdem in Bolivien das Gesetz gegen Gewalt an Frauen in Kraft getreten ist, hat sich die Situation kaum verändert. «Von zehn Frauen, die eine Anzeige wegen Gewalt gemacht haben, brechen sieben das Verfahren ab, weil sie emotional und ökonomisch vom Täter abhängig sind. Sie haben gemeinsame Kinder und erhalten keine Unterstützung», erzählt Tatiana Herrera von der öffentlichen Beratungsstelle SLIM.

Deshalb fördert Solidar Suisse mit dem Projekt *Vida digna sin violencia* die Autonomie von Frauen, damit sie ihre Rechte voll wahrnehmen können. Das bedeutet: ein Leben frei von Gewalt, sexuelle und reproduktive Rechte, wirtschaftliche Unabhängigkeit und politische Teilhabe. Noch stärker diskriminiert werden Lesben und Transpersonen, die den Genderstereotypen nicht entsprechen. In den SLIM-Beratungsstellen erhalten alle von Gewalt Betroffenen Unterstützung, und in 50 Gemeinden stärken wir mit einem multidimensionalen Ansatz die Kapazitäten von Frauen, sich durchzusetzen und die Machtverhältnisse zu verändern. Ausserdem sind wir präventiv gegen Gewalt aktiv und arbeiten auch mit Männern, um Vorstellungen von Männlichkeit, die Gewalt fördern, zu verändern.



Foto: zVg

GEWALT IST EINE INSZENIERUNG VON MACHT

Sabin Bieri, Leiterin des Centre for Development and Environment an der Uni Bern und Vorstandsfrau bei Solidar Suisse, erklärt, wie Diskriminierung zur Ungleichheit beiträgt.

Interview: Katja Schurter, Redaktorin der Solidarität

Wie trägt Diskriminierung zur Ungleichheit bei?

Kategorien, nach denen Menschen ausgeschlossen werden, sind soziale Platzanweiserinnen. Zwar ist die gesetzlich verankerte Diskriminierung weltweit zurückgegangen, insbesondere bei der Gleichstellung der Geschlechter. Das heisst aber nicht unbedingt, dass es mehr Chancengleichheit gibt. Wenn Lohnungleichheit verboten, das Eherecht verbessert wird, übersetzt sich dies nicht automatisch in die private Realität. Diskriminierung und wirtschaftliche Ungleichheit verstärken sich häufig gegenseitig.

Kannst du dafür ein Beispiel nennen?

Typisch ist das Wasserholen: Frauen verbringen Stunden damit. Um sie davon zu befreien, wurden vielerorts Wasserleitungen in private Haushalte gelegt. Damit verloren die Frauen aber auch die Gelegenheit, rauszugehen, sich zu

treffen und zu vernetzen. In einem Fall im Norden Marokkos verstärkte dies die Kontrolle der Männer über Frauen. Vielleicht ist eine Pumpe auf dem Dorfplatz also die bessere Lösung.

Ein anderes Problem ist, dass häusliche Gewalt häufig zunimmt, wenn Frauen an Einfluss und ökonomischer Unabhängigkeit gewinnen. Männer befürchten, die Kontrolle zu verlieren. Eine professionelle Gender-Intervention denkt den potenziellen Widerstand der Männer mit.

Warum wurden punkto Diskriminierung von Frauen mehr Fortschritte gemacht als in anderen Bereichen?

Die Frauenbewegung hat gute Arbeit geleistet. Sie konnte zeigen, dass gendersensible Massnahmen für die gesamte Gesellschaft Vorteile bringen. So hat Gendergerechtigkeit in der internationalen Zusammenarbeit inzwischen

Priorität. Insgesamt kumulieren sich negative Effekte – ungleicher Lohn, Ressourcenzugang etc. –, je mehr Ausschlussfaktoren in einer Biografie zusammenkommen.

Nicht verändert hat sich jedoch, dass Frauen in schlecht bezahlten Arbeitsbereichen tätig sind, obwohl sie in der Bildung massiv aufgeholt haben. Das ist problematisch, denn die ökonomische Unabhängigkeit ist der zentrale Hebel für die Reduktion von Ungleichheit.

Wie verstärkt Gewalt die Ungleichheit?

Gewalt ist stets eine Inszenierung von bestehenden Machtverhältnissen; sie reduziert die Möglichkeiten der Betroffenen, sich gegen Ungleichbehandlung zu wehren, und hat unvorstellbare psychische Folgen.

Wie kann der Teufelskreis von Diskriminierung und Ungleichheit durchbrochen werden?

Es braucht Massnahmen von unten – kollektive Organisation – sowie klare Stellungnahmen, Anreize und Verbote von oben. Deren Wirkung müssen wir engmaschig überprüfen und reagieren, wenn es nicht in die gewünschte Richtung geht. Und im Auge behalten, dass wir auch Er kämpftes nie als erledigt abhaken können – siehe die aktuelle Abtreibungsdebatte in den USA.

Was müssen wir im Norden tun, zum Beispiel NGOs wie Solidar?

Uns nicht als die inszenieren, die alles begriffen haben, sondern zusammen lernen. Wir müssen uns immer wieder der Reibung aussetzen, zum Beispiel indem wir mal mutig Quoten bestimmen. Auch dürfen wir uns im Kontext der internationalen Zusammenarbeit nicht hinter vorgeschobenen Kulturargumenten verstecken, um nichts tun zu müssen.

KEIN ENDE DES KRIEGS IN SICHT

Ein Jahr nach Beginn des russischen Einmarsches in die Ukraine unterstützen wir Menschen, die durch den Krieg fast alles verloren haben.

Text: Vera Haag Arbenz, Leiterin Humanitäre Hilfe, Foto: Solidar Suisse

Im vergangenen Oktober ist der Krieg in der Ukraine in eine neue Phase eingetreten: Zunehmend wurde kritische Infrastruktur im ganzen Land beschossen. Ein Ende scheint nicht in Sicht. Die Angriffe auf die Energieinfrastruktur der Ukraine haben zu weit verbreiteten Stromausfällen und Unterbrechungen der Heizungs- und Wasserversorgung geführt. Fehlender Brennstoff und Strom werden für viele existenziell bedrohlich, insbesondere, wenn sie ihre beschädigten Häuser nicht beheizen können.

Grosse Zahl ziviler Opfer

Das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte sprach Ende letzten Jahres von über 17 000 zivilen Opfern. Die tatsächlichen Zahlen dürften noch höher sein, da eine Verifizierung in den besetzten Gebieten kaum möglich ist. Laut OCHA, dem Amt der Uno für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, benötigen 17,5 Millionen Menschen in der Ukraine dringend humanitäre Hilfe, insbesondere in den östlichen und südlichen Regionen des Landes. Gemäss der ukrainischen Regierung wurden seit Kriegsbeginn über 800 000 Häuser beschädigt oder zerstört. Tausende Menschen leben derzeit in Kollektivunterkünften oder demolierten Häusern

Neben der Kälte sind auch die psychischen Belastungen nicht zu unterschätzen. Die Sorge um Familienmitglieder im Osten und die Ungewissheit über den weiteren Verlauf des Kriegs sind gross.

Wegen der langanhaltenden Stromausfälle und den fast täglichen Flugalarmen können unsere Mitarbeitenden und Partnerorganisationen vor Ort ihre Arbeit schlecht planen, was extreme Flexibilität und Belastbarkeit erfordert.

Humanitäre Hilfe für Geflüchtete in Rumänien

Bereits seit Anfang März 2022 leisten wir mit lokalen Partnerorganisationen humanitäre Hilfe für Geflüchtete in Rumänien. In Timisoara haben wir über 3500 Lebensmittelgutscheine verteilt, in Brasov wurden Geldtransfers für über 2100 Menschen realisiert. Wir versorgen die Geflüchteten in Informationszentren sowie über soziale Medien mit wichtigen Informationen zu Unterkünften, Gesundheitsdiensten, Schulen, Arbeits- und Transportmöglichkeiten und ihren Rechten und Pflichten. Ausserdem wird ihnen psychosoziale Unterstützung angeboten. Viele Menschen hofften zu Beginn des Krieges auf eine baldige Rückkehr. Dies ist jedoch oft wegen der Zerstörung ihrer Häuser nicht möglich, sodass zunehmend Sprachkurse, Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten im Fokus stehen.

Unterstützung in der Ukraine

Im September hat Solidar Suisse in der Ukraine in Transkarpatien und Winnyzja in Zusammenarbeit mit den lokalen Organisationen Vostock SOS und VIS ein Projekt gestartet, das psychosoziale Beratung für 2500 intern Vertriebene bietet. Anfang Jahr haben wir das Projekt erweitert, und mehr als 2500 zusätzliche betroffene Personen erhalten Bargeldzahlungen für die Deckung ihrer Grundbedürfnisse und den Kauf von Winterkleidung. Dank der Installierung von mobilen Heizgeräten in 800 Häusern können die beteiligten Familien wenigstens einen Raum ihrer Häuser beheizen. Zusätzlich bringen wir 4000 Menschen aus Dnipro im Osten des Landes in sicherere Gebiete, darunter viele Ältere und Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, die ihre Wohnungen nicht mehr gut verlassen können. Dabei wird auch der Wiederaufbau und die langfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft in der Ukraine in die Planung miteinbezogen, um die betroffene Bevölkerung nachhaltig zu unterstützen.

Die 93-jährige Nina Scherbyna ist vor dem Krieg geflohen und lebt nun in einer Notunterkunft in Uzghorod im Westen der Ukraine.





Foto: Taslima Akhter

BANGLADESCH: NACHHALTIGERE LEDERINDUSTRIE

Solidar Suisse startet diesen März ein dreijähriges Projekt, um die Arbeitsbedingungen in Gerbereien, Schuhfabriken und Lederwarenfabriken zu verbessern und die Lederindustrie in Bangladesch nachhaltiger zu gestalten. Unsere lokale Partnerorganisation OSHE unterstützt Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Umweltgruppen und Basisorganisationen aus der Umgebung der Fabriken, die sich für die Einführung und Einhaltung von Sozial- und Umweltvorschriften im Ledersektor einsetzen. Staatliche Repräsentantinnen, Arbeitgeber und internationale Brands werden sensibilisiert und in die Pflicht genommen, damit sie das in den Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation verankerte Recht auf eine sichere und gesunde Arbeitsumgebung umsetzen.

PETITION FÜR KONZERNVERANTWORTUNG

Genau zwei Jahre nach der Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative haben die Initiant*innen, zu denen Solidar Suisse gehört, am 1. Dezember eine Petition übergeben. Gesammelt wurden die 217 509 Unterschriften in nur 100 Tagen. Die Petition fordert von Bundesrat und Parlament, ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz einzuführen, wie es auf EU-Ebene vorgesehen ist. Die EU-Kommission hat Anfang Jahr eine neue Richtlinie vorgelegt, die eine themenübergreifende Sorgfaltpflicht verbunden mit Haftungsbestimmungen und Aufsichtsbehörden enthält. Die Richtlinie soll bis Ende 2023 verabschiedet werden. Wenn die Schweiz nicht endlich handelt, droht sie beim Thema Konzernverantwortung völlig abgehängt zu werden.



Bild: Koalition für Konzernverantwortung

FESTGEHALTEN



Bild: Spinias Civil Voices

VIELE FORDERTEN DIE SUPERREICHEN HERAUS

Mit der Kampagne «Challenge die Superreichen» hat Solidar Suisse Ende 2022 auf die steigende Ungleichheit hingewiesen und an die Verantwortung derjenigen appelliert, die vom jetzigen Wirtschaftssystem am meisten profitieren: die Superreichen. Diese haben wir herausgefordert, sich für globale Fairness einzusetzen. Dass sie nicht auf diese Challenge reagiert haben, war zu erwarten. Sehr zuversichtlich hingegen stimmte uns das Engagement des Rests der Bevölkerung und insbesondere der Solidar-Aktivist*innen: Über 1000 Personen haben mit ihrer Spende gezeigt, dass sie sich gegen die weltweite Ungleichheit einsetzen. Dies ermutigt uns, weiter an der Seite der Benachteiligten für mehr globale Fairness zu kämpfen.

UNGLEICHE WELT

Die Ausgabe des Atlas der Globalisierung ist erschienen. Endlich wieder schmökern, entdecken und lernen. Das Thema passt zur Arbeit von Solidar Suisse wie kein zweites.

Text: Benjamin Gross, Leiter Kommunikation

Zwischen Vorwort und Glossar sehen wir in sechs Kapiteln eindrücklich, wie vielseitig der Schuh der Ungleichheit drückt, angefangen mit unserem Planeten, der ökologisch am Limit ist. Die grosse Stärke – und der eigentliche Sinn – des Atlas sind die aufwendigen Grafiken, durch die selbst abstrakte Messeinheiten wie ppm (parts per million – Teile pro Million) verständlich werden. Diese Teilchen messen die CO₂-Verschmutzung in der Atmosphäre.

Waffen und Konflikte

Leider aktueller denn je sind die Darstellungen im Kapitel der ungelösten Konflikte. Noch etwas dünn aufbereitet ist der Ukrainekrieg und dessen Auswirkungen auf den globalen Süden, doch gibt es bedauerlicherweise ausreichend Fronten auf dem Globus, die sich als Grafik darstellen lassen. Der Atlas setzt die Konflikte nicht in einen Zusammenhang, sondern zeigt exemplarisch, woher etwa die Waffen in der Golfregion stammen, warum die Türkei recht-

Der Sklavenhandel des 16. und 17. Jahrhunderts wirkt sich bis heute für Millionen Menschen als «Pigmentokratie» rassistisch aus.

lich gesehen zu viel Anspruch auf die Inseln in der Ägäis stellt, oder wie der Sklavenhandel des 16. und 17. Jahrhunderts sich bis heute für Millionen Menschen als «Pigmentokratie» rassistisch auswirkt.

Pandemien und Big Pharma

Etwas mehr Zeit blieb den Macher*innen, um sich mit der Corona-Pandemie auseinanderzusetzen. Die wachsende Nähe zwischen Menschen, Tieren und Viren füllt ein eigenes Kapitel – mit Deep Dives zu verschiedenen Aspekten der Gesundheitsversor-

gung. Das Beispiel der Pocken und Kinderlähmung zeigt eindrücklich, dass es ohne Impfkampagnen kaum gelungen wäre, diese beiden Krankheiten auszumerzen oder zumindest stark einzudämmen. Die Skepsis gegenüber einer Impfpflicht war jedoch schon vor über 200 Jahren gross, was die effiziente Bekämpfung verlangsamte. Heute bremsen wirtschaftliche Interessen den erfolgreichen Kampf gegen Krankheiten, wie die Grafiken zu Big Pharma zeigen. Die führenden Konzerne machen es afrikanischen Staaten so schwer wie nur möglich, selbst Medikamente zu produzieren. Zwar sind erschwingliche Arzneien für Aids mittlerweile verfügbar, doch das Geschäft mit den chronischen Krankheiten, die sich auch auf dem afrikanischen Kontinent immer weiter ausbreiten, wollen sich die grossen Pharmafirmen nicht entgehen lassen.

«Reiche Diebe»

Drei weitere Kapitel zeigen, wer gewinnt, wer verliert, wie es um unsere Ernährung steht, und welche Ressourcen weltweit besonders umkämpft sind. So wird auf der Doppelseite «Reiche Diebe» ein Hauptthema von Solidar visualisiert: Dass das reichste Zehntel der Weltbevölkerung 76 Prozent des globalen Vermögens besitzt, während der unteren Hälfte der Menschheit nur zwei Prozent davon gehört. In Worten ist diese Aussage kaum zu fassen, wir bedanken uns umso mehr für die grafische Darstellung. Überhaupt ist es eine Freude, im Atlas zu blättern und zu sehen, auf welcher cleveren Weise sich Informationen darstellen lassen und welche Erkenntnisse hervortreten, wenn Zahlen zu bunten Flächen werden.



Stefan Mahlke (Hg.) und Adolf Buitenhuis (Karten und Grafiken): *Atlas der Globalisierung. Ungleiche Welt, Le Monde diplomatique, 2022*



«FRAUEN SOLLEN AUFSTEHEN UND FÜR IHRE RECHTE KÄMPFEN»

Pok Panhavichetr setzt sich in Kambodscha für die Rechte von Frauen ein. Die Überlebende des Pol-Pot-Regimes möchte, dass alle die Möglichkeit haben, ein gutes Leben zu leben.

Text und Foto: Katja Schurter, Redaktorin der Solidarität

«Meine Passion ist, Frauen zu unterstützen», sagt Pok Panhavichetr, die Leiterin der Solidar-Partnerorganisation Cambodian Women's Crisis Centre (CWCC). Seit mehr als 30 Jahren engagiert sie sich für die Verbesserung der Situation von Frauen und hat 2010 die Leitung der Organisation übernommen. «Es gibt so wenige Frauen in Führungspositionen», weiss die Politikwissenschaftlerin und Dolmetscherin.

«Sie sind schlechter ausgebildet, werden am Arbeitsplatz nicht gefördert, und viele werden von ihren Ehemännern misshandelt», sagt sie. Deshalb hat CWCC in Banteay Meanchey, an der Grenze zu Thailand, ein Frauenhaus aufgebaut. Hier finden von Gewalt betroffene Frauen und zurückgekehrte Migrantinnen Zuflucht.

Migration als einzige Perspektive

Denn in der Grenzregion gehen viele Menschen nach Thailand, um eine Arbeit zu finden. Kambodscha ist arm, und das Nachbarland braucht Arbeitskräfte für seine brummende Wirtschaft – in der Fischindustrie und Landwirtschaft, auf dem Bau,

in Textilfabriken oder im Sextourismus. Die meisten Arbeitssuchenden überqueren die Grenze über informelle Wege, denn die legale Migration ist zwar möglich, aber langwierig und aufwendig, der dafür nötige Pass teuer. Doch so laufen sie Gefahr, von unseriösen Vermittler*innen übers Ohr gehauen oder in Thailand von der Polizei aufgegriffen und zurückgeschafft zu werden.

«Wir können die Leute nicht daran hindern, nach Thailand zu gehen, aber sie sollten es auf sichere Art tun», sagt Panhavichetr. Deshalb informiert CWCC über die Gefahren der illegalen Migration und über legale Alternativen. In Selbsthilfegruppen tauschen Zurückgekehrte ihre Erfahrungen aus, empfehlen einander gute Jobs, warnen vor ausbeuterischen Arbeitgebern und betrügerischen Vermittlerinnen. In Spargruppen geben sich die Beteiligten gegenseitig Darlehen, sei es, um zu migrieren oder um ihre Lebensbedingungen zu verbessern, damit sie nicht migrieren müssen. Denn ein grosses Problem ist, dass viele Menschen sich für die Ausreise verschulden. Die Schulden werden direkt vom Lohn abgezogen.

Pok Panhavichetr wünscht sich mehr Frauen in Führungspositionen.

gen, und die Arbeiter*innen können sich wegen dieser Abhängigkeit kaum gegen Ausbeutung wehren.

Perspektiven schaffen

«Während Corona gab es 200 bis 300 Deportationen pro Tag», erinnert sich Pok Panhavichetr. «Wer in der Region lebt, kann häufig in die eigene Community zurückkehren, doch wer aus dem Landesinneren stammt oder jahrelang in Thailand gearbeitet hat, weiss oft nicht wohin.» Deshalb bietet die Solidar-Partnerorganisation Berufsbildungen und Start-up-Beiträge an, damit sich Zurückgekehrte eine Existenz aufbauen können. Gerade Frauen befinden sich oft in einer schwierigen Situation: «Sie haben kein Land und wenig Möglichkeiten, deshalb sind sie ja weggegangen. Manche versuchen, eine Stelle in einer Fabrik zu finden, aber wenn sie älter sind als 40, ist das kaum möglich», erzählt Panhavichetr, die froh ist, mit ihrer Arbeit etwas zurückgeben zu können. Denn sie schätzt sich glücklich, das Pol-Pot-Regime überlebt zu haben.

Nur mit Glück überlebt

Pok Panhavichetr war 18, als Pol Pot 1975 Phnom Penh einnahm und die Stadtbevölkerung zur Zwangsarbeit aufs Land deportierte. «Einmal sollte ich einen Damm bauen. Ich wusste nicht, wie das geht – ich hatte ja keine Ahnung von Landwirtschaft. Da meinten sie, ich sei wohl die Tochter des vorherigen Kommandanten, was einem Todesurteil gleichkam. Kurz darauf erkrankte ich an Malaria. Auf der Krankenstation sah die Pflegerin, dass ich kaum laufen konnte, und sagte das meinen Verfolgern. Nur deshalb haben sie mich nicht getötet», sagt die talentierte Geschichtenerzählerin. «Nachher überlebte ich, weil ich wildes Gemüse sammelte und weil mich wegen meiner Geschichten alle mochten. Es gab ja keinerlei Unterhaltung.» Als die Roten Khmer nach fast vierjähriger Terrorherrschaft abzogen, fand Panhavichetr ihr Heimatdorf zerstört vor, einzig ihre Mutter hatte überlebt. Ihr Vater und ihre elf Geschwister waren verhungert oder umgebracht worden. Die 22-Jährige stürzte sich in die Arbeit. «Ich wollte aktiv werden», erinnert sie sich. Sie studierte, wurde in der internationalen Zusammenarbeit tätig und begann, sich für die Rechte von Frauen zu engagieren: «Das Leben hängt davon ab, wie du es leben kannst. Ich möchte nicht, dass Frauen im Schatten leben. Sie sollen aufstehen und für ihre Rechte kämpfen.»

Carlo Sommaruga
Solidar-Präsident



Hier wie dort: Die Schweiz muss handeln!

Leider gibt es in unserem Land Diskriminierung, wie in den meisten anderen Ländern auch. Die erste, die Frauen stark belastet, ist der Lohnunterschied. Aber Menschen werden in unserer Gesellschaft auch wegen anderer Merkmale diskriminiert: aufgrund ihrer Herkunft, der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung oder der Religion. Diese Diskriminierung ist schleichend am Werk, insbesondere beim Zugang zu Arbeit, Wohnungen und vielen weiteren Bereichen.

Wenig erstaunlich, ist Diskriminierung auch in Ländern mit geringem Einkommen zu finden, noch gesteigert durch kulturelle, historische und vor allem wirtschaftliche Faktoren. So verstärkt der Machismo die Unterdrückung von Frauen. Indigene und Schwarze Menschen, während der Kolonialzeit aus Afrika verschleppt und insbesondere in Nord- und Südamerika versklavt, werden strukturell marginalisiert und verarmen. Vor allem aber ist es die wirtschaftliche Dominanz, die aus der Kolonialzeit stammt und vom heutigen Freihandel und der Einflussnahme multinationaler Konzerne auf die lokale Wirtschaft gefördert wird, die Diskriminierung und bestehende Ungleichheiten aufrechterhält.

Die Schweiz kann etwas dagegen tun, indem Freihandelsabkommen mit verbindlichen Sozialklauseln und einer Rechenschaftspflicht für multinationale Unternehmen versehen werden, wie die kürzlich eingereichte Petition fordert, die von über 200 000 Bürger*innen unterzeichnet wurde.

AKTIV WERDEN

Kämpfen Sie mit uns für globale Fairness. Dazu gibt es im Kleinen wie im Grossen viele Möglichkeiten. Hier ein paar konkrete Vorschläge.

Quiz zum Solidar-Gemeinderating

Wissen Sie, wie viel die öffentliche Hand in der Schweiz jedes Jahr für Güter und Dienstleistungen ausgibt? Und welche Gemeinden dabei vorbildlich auf Nachhaltigkeit achten? Dieses Jahr untersucht das Solidar-Rating wieder, ob Schweizer Gemeinden ihre globale Verantwortung wahrnehmen.



ZUM QUIZ
solidar.ch/quiz

Werden Sie Solidar-Mitglied

Möchten Sie Solidar Suisse aktiv mitgestalten? An der Generalversammlung erhalten Sie als Teil von Solidar einen exklusiven Einblick in die Projekte für globale Gerechtigkeit und können die wichtigsten Entscheidungen mitgestalten. Nutzen Sie die Gelegenheit, an unserer GV vom 25. Mai im Volkshaus in Zürich dabei zu sein. Werden Sie jetzt Mitglied, und wir schicken Ihnen gerne eine Einladung.



MITMACHEN
solidar.ch/mitglied

Spenden Sie einen Stundenlohn

Solidar Suisse kämpft in Südostasien an der Seite der Arbeiter*innen gegen Ausbeutung und extreme soziale Ungleichheit. Mit Ihrer Unterstützung bringen wir die unhaltbaren Zustände ans Licht und engagieren uns für den Schutz, die Rechte und die Würde der Arbeiter*innen. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam der extremen Ungleichheit etwas entgegensetzen!



SPENDEN
solidar.ch/stundenlohnspende

MITKÄMPFEN

IMPRESSUM

Herausgeber Solidar Suisse, Quellenstrasse 31, 8005 Zürich, Tel. 044 444 19 19, E-Mail: kontakt@solidar.ch, solidar.ch Postkonto 80-188-1 Mitglied des europäischen Netzwerks Solidar
Redaktion Katja Schurter (verantwortliche Redaktorin), Christian von Allmen, Benjamin Gross, Sylvie Kipfer, Cyrill Rogger

Layout artischock.net
Übersetzungen Katja Schurter, Anne Walder Pfyffer
Korrektorat Jeannine Horni, Catherine Vallat
Druck und Versand Mattenbach AG, Technoramastrasse 19, 8404 Winterthur Erscheint vierteljährlich, Auflage: 37 000 Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag

inbegriffen (Einzelmitglieder mindestens Fr. 70.–, Organisationen mindestens Fr. 250.– pro Jahr). Gedruckt auf umweltschonendem Recyclingpapier.

Rückseite Aufräumarbeiten im zerstörten Markt von Schewtschenkowe im Osten der Ukraine. Foto: Sofiia Gatilova/Reuters



Unterstützung für Menschen in der Ukraine

Dank Ihrem Beitrag konnte Solidar Suisse nach Ausbruch des Kriegs in der Ukraine sogleich aktiv werden und zehntausende Geflüchtete in Rumänien mit dem Nötigsten versorgen. Auch die psychosoziale Unterstützung und Bargeldzahlungen, die wir jetzt den Binnenvertriebenen in der Ukraine bieten, wären ohne Ihre Solidarität nicht möglich. **Herzlichen Dank dafür!**



solidar.ch/ukraine

DANKE!